

Mourir pour Kiev? — Geoökonomische und -politische Aspekte des Krieges in der Ukraine

von Jürgen Rose

„Zuweilen habe ich den Eindruck, als ob ein Massenhirnschwund in großem Ausmaß um sich fräße. Denken ist heute überhaupt nicht mehr in Mode.“

Anna Haag, 24. Januar 1941¹

„Die Europäer schwadronieren von Frieden und der Verbreitung ihrer humanistischen Werte ohne Armee. Das geopolitische Denken ist ihnen abhanden gekommen. Zwischen der offensiven Strategie der Amerikaner und der defensiven Strategie der Russen befinden sich die Europäer in einem atemberaubenden Zustand der geistigen Verwirrung. Das gilt ganz besonders für Deutschland.“

Emmanuel Todd, 7. Januar 2023²

Nicht erst seit dem 24. Februar 2022 herrscht wieder Krieg in Europa. Nein, schon unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges, welches in der feierlich verabschiedeten »Charta von Paris für ein neues Europa«³ seinen Ausdruck gefunden hatte, war in der Bundesrepublik Jugoslawien ein ethnisch-nationalistisch grundierter, mit exzessiver Gewalt geführter Bürgerkrieg ausgebrochen, der 1999 in einen flagranten Angriffskrieg der NATO gegen Serbien mündete und dessen schlussendliches Resultat in der entgegen eindeutiger Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen herbeigeführten und somit völkerrechtswidrigen Sezession eines unabhängigen albanischen Nationalstaates Kosovo gipfelte. Dieser Interventions- und Angriffskrieg bildete den Präzedenzfall und zugleich die Blaupause für zahlreiche weitere militärische Aggressionen der nach dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama)⁴ verbliebenen „Einzigsten Weltmacht“ (Zbigniew Brzezinski)⁵ im Verein mit ihren „Vasallen und tributpflichtigen Völkern“⁶, mit denen in den folgenden Jahrzehnten vornehmlich die Staaten und Völker des Nahen und Mittleren Ostens bis hin ins ferne Zentralasien überzogen wurden. Nachdem USA und NATO diese im wahrsten Sinne des Wortes verheerende Praxis rücksichtsloser Interessendurchsetzung qua militärischer Gewaltanwendung in der internationalen Politik hoffähig gemacht hatten, sah die Russische Föderation,

wie sich am Fall des Ukrainekrieges erweist, offenbar ebenfalls keinerlei Hinderungsgrund mehr, diesem üblen Beispiel zu folgen. Bis dato ist ein Ende des massenhaften Mordens auf den Schlachtfeldern im Osten Europas nicht abzusehen, ebenso wie das des allgegenwärtigen und allumfassenden Kriegs- und Siegetrommels auf allen Seiten, welches ganz getreu der Erkenntnis Kurt Tucholskys folgt, der einst trefflich konstatiert hatte, dass „diese Tätigkeit des Mordens vorher durch beharrliche Bearbeitung der Massen als etwas Sittliches hingestellt werden [muss].“⁷

Heute übersteigt die Zahl der willigen Koalitionäre, die sich unter Federführung der USA im Kampf gegen die Russische Föderation zusammengeschlossen haben, den Umfang der Anti-Hitler-Allianz im Widerstand gegen Nazi-Deutschland. Damals nannte man dies einen Weltkrieg, nämlich den Zweiten Weltkrieg – womit also haben wir es heutzutage im Hinblick auf das Kriegsgeschehen in der Ukraine zu tun? Befinden wir uns nicht längst in einem Dritten Weltkrieg, den die gesamte NATO im Verein mit zahlreichen willigen Helfershelfern unter ebenso zynischer wie menschenverachtender Ausbeutung von Selbstbehauptungswillen und Opferbereitschaft der ukrainischen Männer und Frauen führt, gemäß der von der als Außenministerin Deutschlands amtierenden Kriegsfurie im Verlaufe des Außerordentlichen EU-Außenministerrats am 25. Februar 2022 in Brüssel propagierten, widerwärtigen Parole: „Wir werden Russland ruinieren“⁸? Und laufen diejenigen, die auf beiden Seiten der Front diesen mörderischen Krieg immer weiter eskalieren, nicht erhebliche Gefahr, dass dieser zuletzt in einer unkontrollierbaren nuklearen Konfrontation endet?

Gemäß der dem Publikum von Politik und Massenmedien pausenlos eingehämmerten Darstellung handelt es sich bei dem Krieg in der Ukraine um einen glasklaren Angriffskrieg. Und die Entfesselung eines solchen ist laut dem Urteilsspruch des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals von 1946 „nicht nur ein internationales Verbrechen; es ist das größte internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken vereinigt und anhäuft“⁹. Im Hinblick auf dieses Narrativ erscheint äußerst bedeutsam, was ein höchst renommierter US-amerikanischer Historiker, Politik- und Wirtschaftswissenschaftler zur Problematik der Entscheidung darüber, wer in einem Krieg denn jeweils als Angreifer und als Verteidiger zu gelten habe, geschrieben hat. Sein Name lautete Stefan T. Possony. Er war als österreichischer Jude nur knapp den Gestapo-Schergen Adolf Hitlers entkommen und diente nach einer spektakulären akademischen Karriere an US-amerikanischen Spitzenuniversitäten dem US-Präsidenten Ronald Reagan als Berater in Sachen Strategische Raketenabwehr (SDI) – ein knallharter erkonservativer Falke und folglich keinesfalls ein vom Pazifismus durchdrungener „linker Spinner“. Jener Professor Posso-

ny also merkte zur Problematik von Angriff und Verteidigung folgendes an: „Bei der strategisch-politischen Beurteilung einer konkreten Situation ist es oft schwierig, Angriff von Verteidigung zu unterscheiden. ... Der Befehl, einen vorliegenden Offensivplan durchzuführen, mag militärisch einen Angriff darstellen, die Offensive, selbst wenn es sich um einen bewaffneten Einzelfall handelt, mag jedoch strategisch-politisch rein defensiven Motiven entspringen. ... Trotz der offensichtlichen Schwierigkeiten, die eine klare und rechtsverbindliche Definition ausschließen – es hängt eben alles von den Umständen ab –, lässt sich, theoretisch gesprochen, jene Regierung oder konspirative Gruppe als Angreifer kennzeichnen, die die Entscheidung trifft, Krieg zu führen, um die internationale Machtverteilung zugunsten der eigenen Seite zu verändern. Hingegen lässt sich die Regierung, die einen Krieg führt, um die eigene Schwächung oder Zerstörung oder eine wesentliche Veränderung der gegebenen internationalen Machtlage zu verhindern, als Verteidiger bezeichnen.“¹⁰

Ganz ähnlich muss das vor mehr als fünfhundert Jahren schon einer der Gründerväter der Politischen Theorie, der italienische Philosoph und Machttheoretiker Niccolò Machiavelli gesehen haben, als er konstatierte: „Nicht wer zuerst zu den Waffen greift, ist der Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötig.“¹¹

Wer in der Ukraine zuerst zu den Waffen gegriffen hat, steht scheinbar fest, obwohl die OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM), die Beobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, im Februar 2022 gänzlich Anderes aus dem Donbass zu berichten hatte¹²: Acht Tage vor dem Beginn des russischen Einmarsches, also am 16. Februar 2022, hatten die ukrainischen Streitkräfte nämlich eine großangelegte Artillerieoffensive gegen die abtrünnigen Volksrepubliken begonnen, um diese mittels militärischer Gewalt zurückzuerobern. Im Zuge dieser Artillerieoffensive registrierte die SMM einen Anstieg der Explosionen im Donbass von täglich etwa einem Dutzend auf über 1.400 am 18., 21. und 22. Februar, also um mehr als das 115fache des bis dato üblichen Ausmaßes. Dem wenige Tage später durch militärische Gewaltanwendung verschuldeten Völkerrechtsbruch Russlands ging demnach der ebenso qua militärischer Gewaltanwendung verübte Völkerrechtsbruch der Ukraine voraus. Hervorzuheben ist hierbei zudem, dass der momentan amtierende Präsident Wolodymyr Selenskyj bereits im Jahr zuvor, nämlich am 24. März 2021 das Dekret Nr. 117 erlassen hatte, in welchem die Vorbereitung von militärischen Gewaltmaßnahmen zur Beendigung der „vorübergehenden Besetzung“ der Krim und des Donbass‘ angeordnet wurde¹³. Dieses Rückeroberungsdekret verstieß eindeutig gegen das völkerrechtlich verbindliche Waffenstillstandsabkommen „Minsk II“¹⁴, das am 5. September 2014 unterzeichnet und am 17. Februar 2015 durch Verabschiedung der Resolution

2202 (2015) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen¹⁵ für völkerrechtlich verbindlich erklärt worden war. Ebenfalls auf Anweisung Selenskyjs erfolgte daraufhin ein massiver Truppenaufmarsch der ukrainischen Streitkräfte im Südosten der Ukraine, der als solcher wiederum einen groben Verstoß gegen „Minsk II“ darstellte. Lediglich als Arabeske am Rande sei angemerkt, dass bis zum Zeitpunkt der russischen Invasion der seit dem Jahr 2014 andauernde Bürgerkrieg um die Autonomiegebiete in den Oblasten Lugansk und Donezk, wie unter anderem der ukrainische Außenminister Dmitry Kuleba bestätigte¹⁶, circa 14.000 Tote gefordert hatte, die nach Feststellungen der Vereinten Nationen zu mehr als 81% den sogenannten ukrainischen „Sicherheitskräften“ zuzurechnen waren¹⁷ – was nichts anderes bedeutete, als dass das Kiewer Regime im Osten der Ukraine massenhaft eigenen StaatsbürgerInnen massakrierte, was in „NATOstan“ freilich niemanden so richtig interessierte. All jene höchst bedeutsamen Zusammenhänge werden dem breiten Publikum freilich von den westlichen NATO-treuen Mainstream-Propagandamedien bis heute geflissentlich verschwiegen.

Wer also sind jene Anstifter des Unheils, die zum Krieg in der Ukraine genötigt haben? Denn folgt man Machiavellis Erkenntnis, dann begeht nicht nur, wer einen Angriffskrieg beginnt, einen eklatanten Völkerrechtsbruch, sondern auch derjenige, welcher einem derartigen Verbrechen gegen den Frieden dadurch Vorschub leistet, dass er es unterlässt, alles Menschenmögliche zur Erhaltung des Friedens, also zur Verhinderung jenes Völkerrechtsverbrechens, zu tun. Auch friedensstörende Handlungen, die einen politischen Akteur zu einer kriegerischen Aggression zu provozieren geeignet sind, wie beispielsweise die skrupellose Ausdehnung eines Militärbündnisses unter ignoranter Vernachlässigung von Sicherheitsinteressen anderer Staaten, die einseitige Aufkündigung essentieller Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, die völkerrechtswidrige Intervention in die von der Satzung der Vereinten Nationen geschützten inneren Angelegenheiten souveräner Staaten oder sicherheitsdestabilisierende, maßlose Aufrüstungsmaßnahmen konstituieren (regierungs-)kriminelle Akte.

Will man sich der Beantwortung der Frage nach den Anstiftern des Unheils in der Ukraine annähern, ist es, um dem ideologiegelastigen Anwurf eines etwaigen unangebrachten Verständnisses für Russland oder – *horribile dictu* – gar Präsident Wladimir Putin, vorzubeugen, ratsam und unabdingbar, ausschließlich Beobachter heranzuziehen, die über einen derartigen Verdacht vollkommen erhaben sind.

Als einer der kompetentesten Kronzeugen konstatierte schon im Jahre 2014 der ehemalige US-Botschafter in der Sowjetunion und Direktor für europäische Angelegenheiten im Natio-

nenalen Sicherheitsrat der USA, Jack F. Matlock, im Hinblick auf die vielbeschworene „regelbasierte Weltordnung“¹⁸: „Aber es war der Westen, der damit begonnen hat, dieselben internationalen Regeln zu brechen, als die Nato wegen Kosovo Serbien bombardiert hat. Unsere zweite Verletzung der Schlussakte von Helsinki – wonach Grenzen nur veränderbar sind, wenn beide Seiten zustimmen – war, als wir die Unabhängigkeit von Kosovo akzeptiert haben. Putin sagt: Ihr habt den Präzedenzfall geschaffen. Jetzt verletze ich die Regeln. Das müssen wir berücksichtigen, wenn wir über Legalität reden. So zu tun, als ob Russland etwas Einzigartiges täte und Russland zu einem besonderen Ausgestoßenen zu machen, ist unfair.“¹⁹ Und weiterhin führte Matlock aus: „2008 entschied die Nato, die Ukraine auf eine Spur zur Mitgliedschaft zu setzen. Ein in seinem Inneren tief gespaltenes Land, direkt vor Russlands Türe. Das alles waren sehr dumme Schachzüge des Westens. Heute haben wir die Reaktion darauf. Wenn China anfangen würde, eine Militärallianz mit Kanada und Mexiko zu organisieren, würden die USA das nicht tolerieren. Wir würden uns auch nicht auf abstrakte Prinzipien von internationalem Recht beschränken lassen. Wir würden das verhindern. Mit jedem Mittel, das wir haben. Jedes Land, das die Macht dazu hat, würde das tun. (...) Putin handelt so, wie jeder russische politische Verantwortliche unter diesen Umständen handeln würde.“²⁰

Als weitere ernstzunehmende Persönlichkeit sei der ehemalige Verteidigungsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, angeführt. Der in der Wollle gefärbte Transatlantiker, der wegen seines unbeirrten Festhaltens am Beschluss der NATO zur nuklearen Nachrüstung sein Amt verloren hatte, gab in weiser Voraussicht bereits im August 1993 zu Protokoll: „Wenn ich ein sowjetischer Marschall wäre oder ein Oberst, würde ich die Ausdehnung der Nato-Grenzen, erst von der Elbe bis an die Oder und dann über die Weichsel hinaus bis an die polnische Ostgrenze, für eine Provokation und eine Bedrohung des Heiligen Russland halten. Und dagegen würde ich mich wehren. Und wenn ich mich heute dagegen nicht wehren kann, werde ich mir vornehmen, diese morgen zu Fall zu bringen.“²¹ Es erweckt den Anschein, als hätte Helmut Schmidt scheint seinen Possony gelesen gehabt.

Selbst einer der ruchlosesten antikommunistischen Drahtzieher des Kalten Krieges, den US-Präsident Harry S. Truman im Verein mit dem britischen Premierminister Winston Churchill 1947 vom Zaun gebrochen hatte, der »Director of Policy Planning« des US State Department's George F. Kennan, warnte im Jahr 1997 dezidiert vor der beabsichtigten NATO-Expansion Richtung Osten: „Diese Entscheidung kann erwarten lassen, dass nationalistische, antiwestliche und militaristische Tendenzen in Russlands Anschauungen entfacht

werden; dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland hat; dass sie die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Beziehungen zwischen Osten und Westen wieder herstellt, und die russische Außenpolitik in Richtungen treibt, die uns entschieden missfallen werden.“²² Eine hundertprozentig zutreffende Prognose, wie die Geschichte mittlerweile erwiesen hat.

In ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen sind auch die zentralen Aussagen eines Memorandums, welches der ehemalige US-Vizeaußenminister und vormalige US-Botschafter in Russland sowie gegenwärtig amtierende Direktor des US-Geheimdienstes CIA, William J. Burns, im Jahr 2008 für die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice verfasst hatte. In seinen 2019 publizierten Memoiren merkte er hierzu folgendes an: „Ukrainian entry into NATO is the brightest of all red-lines for the Russian elite (not just Putin). ... In more than two and a half years of conversations with key Russian players, from knuckle-draggers in the dark recesses of the Kremlin to Putin’s sharpest liberal critics, I have yet to find anyone who views Ukraine in NATO as anything other than a direct challenge to Russian interests.“²³ Er sagte Rice, es wäre „hard to overstate the strategic consequences’ of offering NATO membership to Ukraine“²⁴ und prognostizierte, dass „it will create fertile soil for Russian meddling in Crimea and eastern Ukraine. ... Promise Ukraine membership in NATO, and there could be no doubt that Putin would fight back hard“²⁵, ließ er die US-Außenministerin damals wissen.

Zu guter Letzt soll als gewiss unbefangenste neutrale Stimme Papst Franziskus zu Wort kommen. In einem Interview zum Ukrainekrieg äußerte er: „Um diese Frage [nach dem Angriffskrieg] zu beantworten, müssen wir uns von dem üblichen Schema des „Rotkäppchens“ lösen: Rotkäppchen war gut, und der Wolf war der Bösewicht. Hier gibt es keine metaphysisch Guten und Bösen auf abstrakte Art und Weise. ... Die NATO-Staaten bellen vor den Toren Russlands und sie verstehen nicht, dass die Russen imperial sind und keiner fremden Macht erlauben, sich ihnen zu nähern ... Die Situation könnte zu einem Krieg führen. ... Aber die Gefahr ist, dass wir nur das sehen, was ungeheuerlich ist, und nicht das ganze Drama sehen, das sich hinter diesem Krieg abspielt, der vielleicht in gewisser Weise entweder provoziert oder nicht verhindert wurde. Und ich registriere das Interesse am Testen und Verkaufen von Waffen. Das ist sehr traurig, aber darum geht es ja offensichtlich. ... Ich bin einfach dagegen, die Komplexität auf die Unterscheidung zwischen Guten und Bösen zu reduzieren, ohne über die Wurzeln und Interessen nachzudenken, die sehr komplex sind.“²⁶ Mit dieser seiner Anmerkung rückt der Papst den geostrategischen Hintergrund und Kontext des in der Tat äußerst komplexen Konfliktes um die Ukraine ins Bild.

Ohne diesen Sachverhalt an dieser Stelle in der an und für sich erforderlichen und gebotenen Gründlichkeit darlegen zu können, seien hierzu exemplarisch zwei der namhaftesten Protagonisten angeführt, nämlich Zbigniew Brzezinski und George Friedman. Ersterer hatte in seinem 1997 erschienenen Werk „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ unter dem bezeichnenden Rubrum „Das schwarze Loch“ geschrieben: „Obwohl dies Zeit brauchen wird, kann der Westen – während er seine Sicherheits- und Wirtschaftskontakte mit Kiew weiter ausbaut –, schon jetzt das Jahrzehnt zwischen 2005 und 2015 als Zeitrahmen für eine sukzessive Eingliederung ins Auge fassen. ... Der springende Punkt ist, und das darf man nicht vergessen: Ohne die Ukraine kann Russland nicht zu Europa gehören, wohingegen die Ukraine ohne Russland durchaus Teil von Europa sein kann.“²⁷ George Friedman, der Gründer des einflussreichen Thinktanks STRATFOR²⁸ (auch als „Schatten-CIA“ apostrophiert), wurde noch weitaus deutlicher, als er im Hinblick auf die nationale Interessenlage der USA vollkommen unverblümt darlegte, worum es der Hegemonialmacht zu tun war: „Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland [...]. Seit einem Jahrhundert ist es für die Vereinigten Staaten das Hauptziel, die einzigartige Kombination zwischen deutschem Kapital, deutscher Technologie und russischen Rohstoff-Ressourcen, russischer Arbeitskraft zu verhindern.“²⁹ Im Lichte dieser eiskalten Analyse gewinnt eine wesentliche Aussage des russischen Präsidenten Wladimir Putin in seiner Rede, die er am 25. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag gehalten hatte, eine für die Genese des Ukrainekrieges kaum zu überschätzende Relevanz: „Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.“³⁰ Damals hatten die deutschen Parlamentarier seine Ausführungen mit Standing Ovationen honoriert – in London und Washington jedoch dürften sämtliche roten Alarmleuchten mit höchster Intensität geleuchtet haben, hatte Putin doch mit seinem Angebot dortzulande die schlimmsten geostategischen Albträume heraufbeschworen.

Zu den oben genannten Stimmen und Fakten ließen sich zahlreiche weitere hinzufügen. Allesamt weisen sie darauf hin, an wen sich die Forderung nach einer umgehenden Beendigung des Krieges und einer Friedensregelung auf diplomatischem Wege zu richten hat: Zuvörderst an die NATO-Kriegstreiber in Washington, Brüssel, London, Warschau und den Bal-

tischen Republiken, denn genau jene tragen die Hauptverantwortung für die Herbeiführung des Gewaltkonflikts in der Ukraine. Hinsichtlich deren fataler Rolle räumte selbst der Generalsekretär der Nordatlantischen Allianz, Jens Stoltenberg, unumwunden ein: „Man muss bedenken, dass seit der illegalen Annexion der Krim 2014³¹⁾ die Nato-Alliierten Zehntausende von ukrainischen Soldaten geschult haben, die jetzt an der Front stehen. Und wir haben sie ausgerüstet. Die ukrainische Armee ist jetzt wesentlich stärker, viel besser ausgerüstet als 2014.“³²⁾ Darüber hinaus brüstete sich Stoltenberg offen damit, dass die NATO jegliches Angebot Russlands zu einer Konfliktlösung auf diplomatischem Wege brüsk abgelehnt und dadurch maßgeblich zur Entfesselung des Krieges in der Ukraine beigetragen habe: „Hintergrund war, was Präsident Putin im Herbst 2021 erklärte und tatsächlich einen Vertragsentwurf geschickt hat, den die Nato unterzeichnen sollte, mit dem Versprechen, dass es keine weitere NATO-Erweiterung gebe. ... Und das war eine Vorbedingung dafür, nicht in die Ukraine einzumarschieren. Das haben wir natürlich nicht unterschrieben. Das Gegenteil ist eingetreten. Er wollte, dass wir dieses Versprechen unterschreiben, niemals die NATO zu erweitern. ... Also zog er in den Krieg, um die NATO, mehr NATO, in der Nähe seiner Grenzen zu verhindern. Er hat das genaue Gegenteil erreicht. Er hat mehr NATO-Präsenz im östlichen Teil der Allianz bekommen und er hat auch gesehen, dass Finnland bereits der Allianz beigetreten ist und Schweden bald Vollmitglied sein wird. ... Und dies demonstriert, dass wenn Präsident Putin in ein europäisches Land einfällt, um mehr NATO zu verhindern, er das exakte Gegenteil bekommt.“³³⁾

Die vorstehend aufgezeigten Faktenlage impliziert im Hinblick auf die Frage nach den „Anstiftern des Unheils“ im Sinne des eingangs zitierten Niccolò Machiavelli nur einen einzigen möglichen Befund: **Ohne NATO kein Krieg in der Ukraine und ohne NATO-Erweiterung keine russischen Truppen in der Ukraine!**

Angesichts der Verheerungen, Verwüstungen und enormen Verluste an Menschenleben sowie der nach wie vor existierenden, unkalkulierbaren Eskalationsrisiken des kriegerischen Konflikts, der, ohne bislang zu einer definitiven Entscheidung auf dem Schlachtfeld geführt zu haben, nunmehr seit fast zwei Jahren andauert, drängt sich immer vehementer die Frage nach alternativen, sprich nichtmilitärischen Lösungswegen auf. Völlig zu Recht hat daher Deutschlands berühmtester lebender Philosoph, Jürgen Habermas, bereits vor längerer Zeit die Forderung nach unverzüglichen diplomatischen Anstrengungen erhoben, als er erklärte: „Mir geht es um den vorbeugenden Charakter von rechtzeitigen Verhandlungen, die verhindern, dass ein langer Krieg noch mehr Menschenleben und Zerstörungen fordert und uns am Ende vor eine ausweglose Wahl stellt: entweder aktiv in den Krieg einzugreifen oder, um

nicht den ersten Weltkrieg unter nuklear bewaffneten Mächten auszulösen, die Ukraine ihrem Schicksal zu überlassen.“³⁴

Für derartige diplomatische Initiativen liegen ernsthafte und ernstzunehmende Vorschläge schon längst auf dem Tisch³⁵. Schon im Sommer letzten Jahres hat beispielsweise die UN-Studiengruppe „Wissenschaft und Ethik des Glücks“, Frieden und Gerechtigkeit“ in ihrer „Erklärung Frieden und Gerechtigkeit“ eine Reihe von „Eckpunkten für einen Waffenstillstand und ein positives Friedensabkommen“ formuliert. Diese lauten:

„(1) Neutralität der Ukraine, d.h. Verzicht auf die nationalen Ambitionen, der NATO beizutreten, bei gleichzeitiger Anerkennung der Freiheit der Ukraine, Abkommen mit der Europäischen Union und anderen zu schließen;

(2) Sicherheitsgarantien für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine, die von den P-5-Mitgliedern der Vereinten Nationen (China, Frankreich, Russland, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten) sowie der Europäischen Union und der Türkei gegeben werden, was militärische Transparenz und Beschränkungen der militärischen Stationierung und groß angelegter Übungen in Grenzgebieten unter internationaler Beobachtung in Verbindung mit der Aufhebung von Wirtschaftssanktionen beinhalten könnte;

(3) Russische De-facto-Kontrolle der Krim für einen Zeitraum von mehreren Jahren, nach dem die Parteien auf diplomatischem Wege eine dauerhafte De-jure-Regelung anstreben würden, die einen erleichterten Zugang der lokalen Gemeinschaften sowohl zur Ukraine als auch zu Russland, eine liberale Grenzübergangspolitik für Personen und Handel, die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte und finanzielle Entschädigungen umfassen könnte;

(4) Autonomie der Regionen Lugansk und Donezk innerhalb der Ukraine, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Aspekte umfassen könnte, die innerhalb kurzer Zeit näher zu bestimmen sind;

(5) Garantierter kommerzieller Zugang sowohl der Ukraine als auch Russlands zu den Schwarzmeerbahnen der beiden Länder;

(6) Die schrittweise Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Russland in Verbindung mit dem Rückzug des russischen Militärs gemäß der Vereinbarung;

(7) Ein multilateraler Fonds für den Wiederaufbau und die Entwicklung der vom Krieg zerstörten Regionen der Ukraine – an dem sich auch Russland beteiligt – und sofortiger Zu-

gang für humanitäre Hilfe;

(8) eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Schaffung internationaler Überwachungsmechanismen zur Unterstützung des Friedensabkommens (...).³⁶

Im August 2023 haben dann die Professoren Hajo Funke und Peter Brandt, der Sohn des Bundeskanzlers Willy Brandt, gemeinsam mit Horst Teltschik, der im Auftrag des Bundeskanzlers Kohl die Verhandlungen über die sogenannte Wiedervereinigung Deutschlands in Moskau geführt hatte, sowie dem ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO, General a. D. Harald Kujat einen wohlüberlegten und ambitionierten Verhandlungsvorschlag veröffentlicht. Darin betonen sie, dass „auch während des Krieges – und gerade währenddessen – ... das stete Bemühen um eine diplomatische Lösung nicht nachlassen [darf]. ... Diese Verpflichtung gilt auch für die ukrainische Regierung, die weiterhin Verhandlungen mit Russland ablehnt.“³⁷ Dessen ungeachtet setze die Ukraine beharrlich darauf, mit Hilfe der durch die NATO bereitgestellten Waffen- und Munitionslieferungen sowie durch die geleistete Ausbildungshilfe für ukrainische Soldaten Russland militärisch zu besiegen, obwohl „[s]elbst die bisher und immer wieder aufs Neue von Laien geforderte Lieferung von «Wunderwaffen» ... nicht der erhoffte «Gamechanger» [ist], der die strategische Lage zu Gunsten der Ukraine ändern könnte.“³⁸ Demgegenüber weisen die Initiatoren des Friedensplans anhand vielfacher Daten nach, dass der russische Präsident Wladimir Putin zu Verhandlungen mit der Ukraine bereit war und weiterhin ist. Ihre Schlüsselerkenntnis lautet: „Der Krieg hätte verhindert werden können, hätte der Westen einen neutralen Status der Ukraine akzeptiert – wozu Selenkskij anfangs durchaus bereit war –, auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichtet und das Minsk II-Abkommen für Minderheitenrechte der russischsprachigen Bevölkerung durchgesetzt. Der Krieg hätte Anfang April 2022 beendet werden können, hätte der Westen den Abschluss der Istanbul-Verhandlungen zugelassen. Es liegt nun erneut und möglicherweise letztmalig in der Verantwortung des «kollektiven Westens» und insbesondere der USA, den Kurs in Richtung Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu setzen.“³⁹ Es vermag wohl kaum zu überraschen, dass dieser überaus ambitionierte Friedensplan von den deutschen Mainstream-NATO-Propagandamedien schlicht totgeschwiegen wird und bis dato lediglich in der kleinen, neutralen Schweiz von der Redaktion «Zeitgeschehen im Fokus» publiziert wurde.

Einen etwas weniger anspruchsvollen, aber umso realistischeren Vorschlag für eine zumindest vorläufige Konfliktregelung hat im April 2023 Jahres Richard N. Haass, ehemaliger Präsident des einflussreichen Thinktanks „Council on Foreign Relations“ und Berater des US-

Verteidigungsministers Colin Powell, gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Charles Kupchan, vormals Europa-Chefberater von US-Präsident Barack Obama, formuliert⁴⁰. Den Ausgangspunkt ihres Vorschlages bildet die Prognose, dass das wahrscheinlichste Ergebnis des Krieges kein vollständiger Sieg der Ukraine, sondern ein blutiges Patt sein wird. Daher schlagen Sie einen sogenannten „Plan B“ vor. Dessen zentrales Element besteht in einem auf diplomatischem Wege ausgehandelten Waffenstillstand, der „faktisch einen neuen eingefrorenen Konflikt erzeugen würde“⁴¹. Dadurch käme es gemäß ihrer Einschätzung zu einem „Status quo wie jenem auf der koreanischen Halbinsel, der seit 70 Jahren ohne einen formalen Friedensvertrag weitgehend stabil geblieben ist. Auch Zypern ist seit Jahrzehnten geteilt, aber stabil. Das wäre kein ideales Ergebnis, aber besser als ein jahrelanger Krieg von hoher Intensität“⁴². Eine endgültige Friedensregelung wäre zunächst vertagt und bliebe diplomatischen Bemühungen vorbehalten. Diese Formel verbände „strategischen Pragmatismus mit politischen Prinzipien“ und böte anders als die Alternativen „den Vorzug, das Wünschenswerte mit dem Machbaren zu verbinden“⁴³.

Leider geben jedoch die nahezu täglich verlautbarten und angesichts des zermürbenden Kriegsverlaufs ebenso verantwortungslos wie hanebüchen wirkenden Begründungen zu uferlosen Waffen- und Munitionslieferungen – so wie beispielsweise im Verlauf des NATO-Warlord-Treffens im Februar 2023 in München – keinerlei Anlass zu irgendwelchen Hoffnungen auf einen Wandel. Im Hinblick auf eine Waffenstillstands- und Friedensregelung mit diplomatischen oder gar gewaltlosen Mitteln lassen die Kriegstreiber und -hetzer der NATO keinerlei Gesprächsbereitschaft erkennen. Sie lehnen es ab, mit der russischen Regierung überhaupt nur zu reden, während sie Russland im selben Atemzug fehlende Verhandlungsbereitschaft vorhalten – so funktioniert die perfide NATO-Kriegspropaganda. Über letztere sowie die niederschmetternde Inkompetenz und Pflichtvergessenheit der deutschen Regierungs(un)verantwortlichen äußerte sich in einem Interview – wiederum auf einem schweizerischen Forum – neuerlich der schon genannte Vier-Sterne-General a. D. Harald Kujat in für den ehemals höchstrangigen deutschen Soldaten nachgerade spektakulärer Freimütigkeit: „Das ganze Problem ist, dass wir spätestens seit dem letzten Regierungswechsel hier in Deutschland Leute an der Spitze des Landes haben, die ... sagen wir einfach, dass diese Leute aufgrund ihrer Inkompetenz und Ignoranz Fehler machen, und wir haben die Politik, die sie verfolgen. ... Dies ist eine gefährliche Politik. Sie wird fanatisch betrieben, nach dem gleichen Prinzip, wie ein Pferd mit Scheuklappen vor den Augen. Keiner schaut nach rechts oder links. Gewinne und Verluste für die Deutschen werden nicht in Betracht gezogen. Aber das Wichtigste ist: Niemand denkt daran, welche Folgen eine solche Politik für die Ukrainer

haben wird. Aber sie leiden in erster Linie unter den aktuellen Kämpfen. Hunderttausende von Menschen wurden getötet, das Land wurde zerstört. Unsere Politiker reißen das alles aus dem Zusammenhang und rufen laut: 'Hauptsache, die Ukraine muss gewinnen.' Das klingt wie ein Mantra. ... Aber, hören Sie, das ist keine Politik! So macht man keine Politik. Das ist Fanatismus. Und das ist eine große Enttäuschung. Und natürlich ist es sehr schwer zu beobachten, wie all die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahrzehnten gesammelt haben, vergessen werden. Diese Erfahrung wird von der deutschen Führung einfach mit Füßen getreten, obwohl sie sowohl in der Außenpolitik als auch in der Sicherheitssphäre sehr nützlich war. Es waren diese Erfahrungen, die es uns ermöglicht haben, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen. Dank der Politik, die auf dieser Erfahrung aufbaut, leben wir seit Jahrzehnten in Sicherheit und Wohlstand. ... Ich halte dieses Verhalten [der deutschen Politiker] für unverantwortlich.“⁴⁴

Sowohl für die kriegsgebeutelte Ukraine als auch für eine fürderhin unabdingbare europäische Sicherheitsarchitektur verheißt dies nichts Gutes. Die für eine Neugestaltung letzterer essentielle Prämisse brachte der Direktor des UN Sustainable Development Solutions Network's, der US-amerikanische Professor Jeffrey David Sachs auf den Punkt, indem er die Vereinigten Staaten von Amerika als für den Krieg in der Ukraine hauptverantwortliche Imperialmacht mit den Worten adressierte: „Der Krieg in der Ukraine kann und wird aufhören, wenn die USA endlich ihre Bemühungen um eine Ausweitung der Nato auf die Ukraine einstellen und statt dessen direkt mit Russland über dringende Fragen der gegenseitigen Sicherheit verhandeln, einschließlich einer erneuerten Diplomatie zur nuklearen Abrüstung.“⁴⁵ Für die Zivilgesellschaften in „NATOSTAN“ folgt hieraus wie schon zu Zeiten des verbrecherischen Krieges der USA in Vietnam und wie in Zeiten einer maßlosen nuklearen Hochrüstung in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts „aufzustehen für den Frieden“, „Schwerter zu Pflugscharen“ zu schmieden und „Frieden mit weniger – oder besser noch – ganz ohne Waffen“ zu schaffen, denn wie hatte Kurt Tucholsky dereinst so unwiderleglich gemahnt: „Der Krieg ist aber unter allen Umständen tief unsittlich.“⁴⁶

Jürgen Rose ist Oberstleutnant der Bundeswehr a.D. und Vorsitzender des Förderkreises ‚Darmstädter Signal‘, der den gleichnamigen Arbeitskreis kritischer StaatsbürgerInnen in Uniform unterstützt.

¹ Anna Haag: »Denken ist heute überhaupt nicht mehr in Mode«. Tagebuch 1940 – 1945, Stuttgart 2021, S. 32.

² Jürg Altwegg (Interviewer): «In diesem Krieg geht es um Deutschland» Der französische Historiker Emmanuel Todd sagte den Zusammenbruch der Sowjetunion voraus. Heute sieht er die USA im Niedergang. Frankreich werde ausgelacht, die Briten handelten kopflos. Am schlimmsten stehe es um die Deutschen, die zur Ziel-

scheibe der Amerikaner geworden seien. Russland hingegen gehe es besser, als viele westliche Beobachter meinen, in: Weltwoche, 07.01.2023; <https://weltwoche.de/story/in-diesem-krieg-geht-es-um-deutschland/>.

³ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Charta von Paris für ein neues Europa, in: Bulletin, Nr. 137, 24. November 1990, S. 1409–1415.

⁴ Vgl. hierzu Anonym (Wikipedia): Ende der Geschichte; https://de.wikipedia.org/wiki/Ende_der_Geschichte sowie Fukuyama, Francis: The End of History?, in: The National Interest, Summer 1989; <http://www.wesjones.com/eoh.htm#source>.

⁵ Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt am Main 2001⁴.

⁶ Ebda., S. 65f.

⁷ Wrobel, Ignaz: Wofür?, in: Das Andere Deutschland vom 24. Dezember 1925; <http://www.textlog.de/tucholsky-wofuer.html> sowie Tucholsky, Kurt: Unser Militär! Schriften gegen Krieg und Militarismus, hrsg. von Richard von Soldenhoff, Frankfurt am Main 1982, S. 328.

⁸ Anonym: „Wird Russland ruinieren“ - Baerbock bestätigt EU-Sanktionen gegen Putin und Lawrow; <https://www.welt.de/politik/aus-land/article237145901/Ukraine-Krieg-Baerbock-bestaetigt-EU-Sanktionen-gegen-Putin-und-Lawrow.html>.

⁹ Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.): Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Amtlicher Wortlaut in deutscher Sprache, Band 22, S. 483; <http://www.zeno.org/Geschichte/M/Der+Nürnberg+Prozeß/Hauptverhandlungen/Zweihundert+siebzehnter+Tag.+Montag,+30.+September+1946/Vormittagssitzung>.

¹⁰ Possony, Stefan T.: Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage, Wiesbaden 1968, S. 49ff.

¹¹ Machiavelli, Niccolò: Mensch und Staat; <https://www.projekt-gutenberg.org/machiave/mensstaa/chap007.html>.

¹² OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM): Daily Report 40/2022 issued on 21 February 2022; [https://www.osce.org/files/2022-02-20-21 Daily Report_ENG.pdf?itok=82567](https://www.osce.org/files/2022-02-20-21%20Daily%20Report_ENG.pdf?itok=82567).

¹³ Siehe Anonym (BLZ mit AFP und dpa): Nato und Ukraine: „Wir bleiben wachsam“. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine könnte sich erneut zuspitzen, in: Berliner Zeitung vom 06.04.2021; <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ukraine-li.150872> sowie Baud, Jacques: Putin - Herr des Geschehens?, Frankfurt 2023, S. 155f.

¹⁴ Siehe Anonym (Wikipedia): Minsk II; https://de.wikipedia.org/wiki/Minsk_II sowie Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dokumentation: Das Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015; <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/201881/dokumentation-das-minsker-abkommen-vom-12-februar-2015/>.

¹⁵ Siehe United Nations (ed.): Meetings Coverage Security Council - SC/11785 - Unanimously Adopting Resolution 2202 (2015), Security Council Calls on Parties to Implement Accords Aimed at Peaceful Settlement in Eastern Ukraine, 17 February 2015; <https://press.un.org/en/2015/sc11785.doc.htm>.

¹⁶ Anonym (TASS): About 14,000 People Killed During Conflict in Donbass, Top Ukrainian Diplomat Says, Prague, 13 May 2021, 07:48; <https://tass.com/world/1289095>.

¹⁷ Office of the High Commissioner for Human Rights - United Nations Human Rights Monitoring Mission in Ukraine (ed.): Conflict-related Civilian Casualties in Ukraine, Kiev, 27 January 2022; [https://ukraine.un.org/sites/default/files/2022-02/Conflict-related civilian casualties as of 31 December 2021 \(rev 27 January 2022\) corr EN_0.pdf](https://ukraine.un.org/sites/default/files/2022-02/Conflict-related%20civilian%20casualties%20as%20of%2031%20December%202021%20(rev%2027%20January%202022)%20corr%20EN_0.pdf) sowie Anonym (Wikipedia): Opfer des Russisch-Ukrainischen Krieges; https://de.wikipedia.org/wiki/Opfer_des_Russisch-Ukrainischen_Krieges#Gesamtzahl_der_Toten.

¹⁸ Siehe Anonym (Wikipedia): Regelbasierte Ordnung; https://de.wikipedia.org/wiki/Regelbasierte_Ordnung.

¹⁹ Jack F. Matlock zit. n. Hahn, Dorothea: „Das ist ein Familienstreit“, in: taz, 9. September 2014; <https://taz.de/Ex-US-Botschafter-ueber-Ukraine-Krise!/5033743/>.

²⁰ Ebda..

²¹ Helmut Schmidt zit. n. Karlauf, Thomas: Was würde Helmut Schmidt dazu sagen?, in: Die Zeit, Nr. 22 vom 29. Mai 2022; <https://www.zeit.de/2022/22/helmut-schmidt-russland-ukraine-geschichte>.

²² Kennan, George F.: Opinion | A Fateful Error - The New York Times, 5. Feb. 1997; <https://www.nytimes.com/1997/02/05/opinion/a-fateful-error.html>.

²³ Zit. n. Beinart, Peter: Biden's CIA Director Doesn't Believe Biden's Story about Ukraine, The Beinart Notebook, Feb 7, 2022; <https://peterbeinart.substack.com/p/bidens-cia-director-doesnt-believe>.

²⁴ Ebda..

²⁵ Ebda..

²⁶ Papst Franziskus im Gespräch mit den europäischen Kulturzeitschriften der Jesuiten, in: Stimmen der Zeit, 10. Juni 2022; <https://www.herder.de/stz/online/papst-franziskus-im-gespraech-mit-den-europaeischen-kulturzeitschriften-der-jesuiten/>.

²⁷ Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt am Main 20014, S. 152f und S. 177ff.

²⁸ Vgl. Anonym (Wikipedia): Stratfor; <https://de.wikipedia.org/wiki/Stratfor>.

²⁹ Friedman, George: Vortrag über die strategischen Ziele der USA am 4. Februar 2015 auf Einladung des Chicago Council on Global Affairs, www.youtube.com/watch?v=QeL.

³⁰ Anonym (Deutscher Bundestag): Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag am 25.09.2001; https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966.

³¹ Bei dieser gebetsmühlenhaft wiederholten Behauptung handelt es sich um eine schlichte Propagandalüge wie der renommierte Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg, zeitweilig auch Mitglied im Deutschen Ethikrat, Reinhard Merkel bereits 2014 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung konzis dargelegt hat, vgl. Merkel, Reinhard: Kühle Ironie der Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. April 2014; <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html> sowie umfassend insbesondere Baud, Jacques: Putin - Herr des Geschehens?, Frankfurt 2023, S. 130 – 139.

³² Stoltenberg, Jens: „Alles tun, um eine Eskalation zu verhindern“, Interview mit dem ZDF heute journal, 17.03.2022 20:42 Uhr; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/stoltenberg-nato-ukraine-krieg-russland-100.html>.

³³ Im englischen Original siehe Stoltenberg, Jens: „Opening Remarks - by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the joint meeting of the European Parliament's Committee on Foreign Affairs (AFET) and the Subcommittee on Security and Defence (SEDE) followed by an exchange of views with Members of the European Parliament, 07.09.2023; https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_218172.htm.

³⁴ Habermas, Jürgen: Ein Plädoyer für Verhandlungen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 38, 15. Februar 2023, S. 10.

³⁵ Eine regelmäßig aktualisierte Sammlung von Ansätzen zur gewaltfreien Regelung des Ukraine Konflikts findet sich bei: IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (Hg.): Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine. Eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden – information der ippnw internationale ärzt*innen für die verhütung des atomkrieges – ärzt*innen in

sozialer verantwortung, 5. Auflage, September 2023;

https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt_5_Sep2023.pdf.

³⁶ Im englischen Original siehe Science and Ethics of Happiness Study Group (ed.): Reaching a Just and Lasting Peace in Ukraine. Statement by Participants of the Science and Ethics of Happiness Study Group. Meeting hosted at the Casina Pio IV, Vatican City, June 6-7, 2022, Rome, June 15, 2022; <https://www.jeffsachs.org/newspaper-articles/lljyk5p69dhcrm8epskjc7zh9d9n42>.

³⁷ Brandt, Peter/Funke, Hajo/Kujat, Harald/Teltschik, Horst: Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden. Legitime Selbstverteidigung und das Streben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden sind kein Widerspruch. Verhandlungsvorschlag von Professor Dr. Peter Brandt, Professor Dr. Hajo Funke, General a. D. Harald Kujat und Professor Dr. h. c. Horst Teltschik, veröffentlicht 28. August 2023; <https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/sonderausgabe-vom-28-august-2023.html>.

³⁸ Ebda..

³⁹ Ebda..

⁴⁰ Haass, Richard/Kupchan, Charles: The West Needs a New Strategy in Ukraine. A Plan for Getting From the Battlefield to the Negotiating Table, in: Foreign Affairs, April 13, 2023; <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/russia-richard-haass-west-battlefield-negotiations>.

⁴¹ Ebda..

⁴² Ebda..

⁴³ Ebda..

⁴⁴ Hopf, Philip (Interviewer): "NATO-General Kujat: Ukraine mit riesigen Verlusten, Selenskyj kann Krieg nicht gewinnen!", 05.11.2023; <https://www.youtube.com/watch?v=Ws0wX6ZTjkk> (Transkript verfügbar bei J.R.).

⁴⁵ Sachs, Jeffrey: «Sagen wir nein zu den Kriegen, ja zum Frieden und ja zum Überleben des Planeten». Jeffrey Sachs' Rede bei der Konferenz der Religionsführer der Welt in Abu Dhabi, in: Zeit-Fragen, Nr. 25 vom 28. November 2023, S. 1; <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2023/nr-25-28-november-2023/sagen-wir-nein-zu-den-kriegen-ja-zum-frieden-und-ja-zum-ueberleben-des-planeten>.

⁴⁶ Wrobel, Ignaz: Wofür?, in: Das Andere Deutschland vom 24. Dezember 1925; <http://www.textlog.de/tucholsky-wofuer.html> sowie Tucholsky, Kurt: Unser Militär! Schriften gegen Krieg und Militarismus, hrsg. von Richard von Soldenhoff, Frankfurt am Main 1982, S. 328.

Sämtliche Internetlinks wurden am 11. Dezember 2023 überprüft (Anm. des Autors, J.R.).